

Allgemeine Einkaufsbedingungen

General Terms and Conditions of Purchase

SKAN AG, Kreuzstrasse 5, 4123 Allschwil, Switzerland, T +41 61 485 44 44, info@skan.ch

SKAN Deutschland GmbH, Nickrischer Strasse 2, 2827 Görlitz, Germany, T +49 35822 399000, de.info@de.skan.ch

SKAN Stein AG, Industriestrasse 3, 4332 Stein, Switzerland, T +41 62 885 03 00, info.stein@skan.ch

The content, design and layout of this document are subject to intellectual property rights belonging to the SKAN Group. Any unauthorised use, reproduction, disclosure or publication, in whole or in part to any third party, is prohibited. Any infringement of the SKAN Group's rights will result in legal action.

1. Anwendungsbereich und Geltung

Für alle – auch zukünftigen – Bestellungen gelten, sofern nicht schriftlich etwas anderes vereinbart ist, ausschließlich die nachfolgenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen (AEB) der SKAN AG sowie der SKAN Deutschland GmbH und der SKAN Stein AG (nachfolgend Bestellerin genannt). Insbesondere regeln diese AEB Abschluss, Inhalt und Abwicklung von Kauf-, Werk-, und Dienstleistungsverträgen der Bestellerin.

Diese AEB gelten als angenommen, wenn der Lieferant der Bestellerin ein Angebot einreicht oder ein Auftrag der Bestellerin vom Lieferanten schriftlich (inkl. E-Mail) bestätigt wird. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Lieferanten oder Auftragnehmers (nachfolgend einheitlich „Lieferant“ genannt) gelten nur, soweit die Bestellerin ihnen schriftlich zustimmt.

2. Vertragsabschluss

Das Angebot des Lieferanten ist während der in der Anfrage oder im Angebot genannten Frist verbindlich. Fehlen entsprechende Angaben, bleibt der Lieferant vom Datum des Angebotes an während 3 Monaten daran gebunden.

Weicht das Angebot von der Anfrage ab, so weist der Lieferant die Bestellerin ausdrücklich darauf hin.

Bestellungen sind nur verbindlich, wenn sie schriftlich (inkl. E-Mail) erteilt werden. Die Auftragsbestätigung ist der Bestellerin innerhalb von drei Werktagen nach Bestelldatum zuzustellen. Der Vertrag gilt mit dem Zugang der schriftlichen Auftragsbestätigung des Lieferanten bei der Bestellerin bzw. mit Zugang der schriftlichen Bestätigung der Bestellerin beim Lieferanten, dass sie sein Angebot annimmt, als abgeschlossen. Eine mit Hilfe automatischer Einrichtungen erstellte Bestellung gilt als schriftlich. Anderslautende Bedingungen des Lieferanten zum Vertragsinhalt haben nur Gültigkeit, soweit sie von der Bestellerin ausdrücklich und schriftlich angenommen worden sind.

Alle Vereinbarungen und rechtserheblichen Erklärungen der Vertragsparteien bedürften zu ihrer Gültigkeit der Schriftform (inkl. E-Mail).

3. Umfang der Lieferungen und Leistungen

Die Lieferungen und Leistungen des Lieferanten sind in der Bestellung der Bestellerin aufgeführt, inklusive der anwendbaren Lieferbedingungen gemäss Incoterms 2020. Sofern nichts anderes vereinbart ist, gelten die Lieferbedingungen DDP, Rampe Bestellerin, Incoterms 2020. Der Lieferant legt jeder Sendung einen Versandschein unter Angabe der entsprechenden Bestellnummer bei und stellt alle nötigen Speditionspapiere aus. Wird die Ware nicht direkt zur Bestellerin transportiert, ist ihr eine separate Versandscheinkopie zuzustellen.

4. Vorschriften im Bestimmungsland und Schutzrichtungen

Der Lieferant hat die Bestellerin spätestens in seinem Angebot bzw. in seiner Auftragsbestätigung auf die Vorschriften und gesetzlichen Rahmenbedingungen aufmerksam zu machen, die

sich auf die Ausführung der Lieferungen und Leistungen beziehen. Darüber hinaus sind bei ausführenden Tätigkeiten durch Mitarbeiter des Lieferanten geltende Krankheits- und Unfallverhütungsvorschriften zu nennen.

Werden keine Vorschriften und gesetzlichen Rahmenbedingungen bezüglich der Lieferung und Leistungen vom Lieferanten genannt, so gelten die gesetzlichen Vorgaben am Sitz der Bestellerin.

5. Ausführung

Der Lieferant informiert die Bestellerin regelmässig über den Fortschritt der Arbeiten und hält insbesondere alle erforderlichen Vorgaben ein. Der Lieferant zeigt der Bestellerin sofort alle Umstände an, welche die vertragsgemässe Erfüllung gefährden könnten.

Ist für die Ausführung das Betreten eines Standortes der Bestellerin nötig, hält der Lieferant die betrieblichen Vorschriften der Bestellerin ein, insbesondere die Sicherheitsbestimmungen, die ihm auf Verlangen ausgehändigt werden.

6. Beizug von Dritten

Der Lieferant darf Subunternehmer, die Leistungen für ihn gegenüber der Bestellerin ganz oder teilweise erbringen, nur nach vorgängiger schriftlicher Information an die Bestellerin beiziehen. Der Lieferant bleibt gegenüber der Bestellerin für das Erbringen der Leistungen verantwortlich.

Die Bestellerin kann den Lieferanten zum Beizug eines bestimmten Subunternehmers verpflichten.

Der Lieferant gibt auf Verlangen der Bestellerin seine Unterlieferanten bekannt.

7. Vergütung

Der Lieferant erbringt die Leistungen zu Festpreisen oder nach Aufwand mit oberer Begrenzung der Vergütung (Kostendach). Er gibt in seinem Angebot bzw. in der schriftlichen Auftragsbestätigung an die Bestellerin die Kostenarten, Mengengerüst und Kostensätze bekannt. Die Vergütung deckt alle Leistungen ab, die zur gehörigen Vertragserfüllung notwendig sind. Durch die Vergütung abgedeckt sind insbesondere die Kosten gem. vereinbarter Incoterms, Kosten für Bankgarantien, Installations-, Test- und Dokumentationskosten, die Kosten für eine allfällige erste Instruktion, die Spesen (insbesondere für Verpflegung, Reise und Unterkunft), die Lizenzgebühren, Kosten für Vorrichtungen, Lehren, Werkzeuge usw., welche besonders angefertigt werden müssen, sowie die öffentlichen Abgaben wie Steuern und Zölle.

Wenn nicht anders vereinbart, sind Miet- und Benützungsgelühren für Transportgeräte und vorübergehend eingebaute Komponenten sowie Wiederinstandstellung in der Vergütung inbegriffen.

8. Zahlungsbedingungen

Unter der Voraussetzung ordnungsgemässer Lieferung der Waren sind die Zahlungen von der Bestellerin innert 60 Kalendertagen ab Rechnungsdatum zu leisten, soweit zwischen den Parteien in der Bestellung nichts anderes vereinbart wurde. Die Bestellerin behält sich das Recht vor, fehlerhafte, nicht nachprüfbar rechnungen zur Berichtigung zu retournieren. Die Zahlungsfrist beginnt mit richtiger Rechnungstellung neu. Bei Vorliegen eines Mangels ist die Bestellerin berechtigt, die Zahlung für den mangelhaften Teil der Lieferung bis zur ordnungsgemässen Erfüllung zurückzuhalten. Werden Teilzahlungen (Anzahlungen und Abschlagszahlungen) vereinbart, kann die Bestellerin vom Lieferanten auf dessen Kosten Sicherheitsleistung in Form einer Bankgarantie verlangen.

9. Leistungsänderungen

Der Lieferant informiert die Bestellerin über alle Weiterentwicklungen, die aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen eine Änderung der Leistungen angezeigt erscheinen lassen.

Die Parteien können jederzeit schriftlich (inkl. E-Mail) Änderungen der vereinbarten Leistungen beantragen. Wünscht die Bestellerin eine Änderung, teilt der Lieferant innert 5 Arbeitstagen schriftlich mit, ob die Änderung möglich ist und welche Auswirkungen sie auf die zu erbringenden Leistungen sowie auf die Vergütung und die Termine hat. Die Bestellerin entscheidet innert gleicher Frist, ob die Änderung ausgeführt werden soll. Wünscht der Lieferant eine Änderung, so nimmt die Bestellerin den begründeten Antrag innert gleicher Frist an oder lehnt ihn ab.

Der Lieferant darf einem Änderungsantrag der Bestellerin die Zustimmung nicht verweigern, wenn die Änderung objektiv möglich ist und der Gesamtcharakter der zu erbringenden Leistungen gewahrt bleibt.

Die Leistungsänderung und allfällige Anpassungen von Vergütung, Terminen und anderen Vertragspunkten werden vor der Ausführung in einem Nachtrag zum Vertrag schriftlich festgehalten. Die Anpassung der Vergütung berechnet sich nach den Ansätzen der ursprünglichen Kostengrundlage.

Ohne gegenteilige Vereinbarung setzt der Lieferant während der Prüfung von Änderungsvorschlägen seine Arbeiten planmässig fort.

10. Eigentum an Beistellungen der Bestellerin

Von der Bestellerin beigestellte Materialien, Muster, Zeichnungen, Betriebsmittel wie Prüfgeräte, Lehren und Werkzeuge, bleiben ihr Eigentum und sind (bis zu einem allfälligen Einbau oder Verbrauch) als solches zu kennzeichnen und separat aufzubewahren.

Beistellungen sind beim Eingang durch den Lieferanten eingehend zu prüfen. Sie gelten als mängelfrei, wenn Schäden, Mängel und fehlende Teile der Bestellerin nicht innert 5 Kalendertagen schriftlich gemeldet werden.

Solange die Beistellungen sich beim Lieferanten befinden, hat der Lieferant Beistellungen ohne Kosten für die Bestellerin zu

inventarisieren und sorgfältig aufzubewahren, zu warten und auf eigene Kosten zu versichern. Auf Ersuchen der Bestellerin händigt der Lieferant einen schriftlichen Versicherungsnachweis und ein aktualisiertes Inventar mit Angabe des Zustandes der Beistellungen aus.

Die Beistellungen dürfen nur gemäss Vereinbarung verwendet werden. Sofern nicht anders vorgesehen, sind sie nach Vertragserfüllung unaufgefordert und kostenfrei an die Bestellerin zu retournieren.

11. Lieferfrist

Vereinbarte Termine und Fristen sind verbindlich. Für die Einhaltung des Liefertermins oder der Lieferfrist kommt es auf den rechtzeitigen Eingang der Lieferung am Bestimmungsort gemäss der vereinbarten Incoterms an. Falls eine Abnahme vereinbart wurde oder gesetzlich vorgesehen ist, kommt es auf die erfolgreiche Abnahme durch eine von der Bestellerin hierzu bevollmächtigte Person an.

12. Verzug

Bei Nichteinhalten der vereinbarten Termine / Lieferfristen kommt der Lieferant ohne weiteres in Verzug; in den übrigen Fällen nach Mahnung durch die Bestellerin.

Ohne Einverständnis der Bestellerin dürfen weder Teil- noch Vorauslieferungen erfolgen.

Jede sich abzeichnende Verzögerung durch den Lieferanten ist der Bestellerin unverzüglich unter Angabe der Gründe und der mutmasslichen Dauer der Verzögerung schriftlich bekannt zu geben.

Kommt der Lieferant in Verzug, schuldet er nach einer Karenz von 5 Arbeitstagen pro angefangener Verspätungswoche eine Zahlung von 2% der gesamten Vergütung als pauschalisierter Schadenersatz, insgesamt aber höchstens 6% der gesamten Vergütung. Weitergehende gesetzliche oder vertragliche Rechte bleiben unberührt. Der Nachweis eines geringeren Schadens als der Betrag des pauschalisierten Schadenersatzes steht dem Lieferanten offen. Die Bestellerin behält sich vor, diesen pauschalisierten Schadenersatz bis zur Schlusszahlung geltend zu machen.

13. Rücktrittsrecht

Im Falle eines Werkvertrages oder eines Auftrags für kundenspezifisch hergestellte Produkte bzw. Dienstleistungen, ist die Bestellerin berechtigt, vom Vertrag jederzeit ganz oder teilweise zurückzutreten. Ein solcher Rücktritt wird dem Lieferanten von der Bestellerin schriftlich (inkl. E-Mail) mitgeteilt. Der Lieferant hat in einem solchen Fall lediglich Anspruch auf Entschädigung für nachweislich ausgeführte Arbeiten oder geübte Aufwendungen sowie eine angemessene Gewinnmarge darauf, sofern ein solcher Rücktritt nicht wegen Nicht- oder Schlechterfüllung des Lieferanten erfolgt.

14. Gefahrübergang

Soweit nicht anders vereinbart, geht die Gefahr gemäß DDP Bestimmungsort (Incoterms2020®) auf die Bestellerin über. Falls eine Abnahme vereinbart wurde oder gesetzlich vorgesehen ist, geht die Gefahr bei erfolgreicher Abnahme auf die Bestellerin über.

Erfüllungsort für alle sonstigen Leistungen ist der Geschäftssitz der Bestellerin.

15. Prüfung und Abnahme

Der Lieferant hat die Lieferungen und Leistungen vor Wareneingang zu prüfen.

Innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Wareneingang untersucht die Bestellerin die Ware stichprobenartig auf Identität und Menge (durch Abgleich von Verpackungsbeschriftungen und Lieferscheinen mit der Bestellung), offensichtliche Mängel sowie äußerlich an der Verpackung erkennbare Transportschäden. Eine weitergehende Prüfpflicht besteht nicht. Die Bestellerin zeigt dem Lieferanten die hierbei entdeckten Mängel unverzüglich nach deren Entdeckung an. Insoweit verzichtet der Lieferant auf den Einwand der verspäteten Mängelrüge.

Die Zustellung eines Prüfberichtes mit Beanstandungen gilt als Mängelrüge.

Die Pflicht, eingehende Ware auf Mängel zu prüfen und zu rügen, besteht nicht, wenn eine Abnahme vereinbart wurde oder gesetzlich vorgesehen ist.

Zeigen sich bei der Abnahmeprüfung Mängel, so wird die Abnahme nicht oder nur unter Vorbehalt der Nachbesserung erteilt. Der Lieferant behebt die festgestellten Mängel unverzüglich auf eigene Kosten und meldet der Bestellerin einen neuen Abnahmetermin.

Über die Abnahme wird ein Protokoll erstellt, das von den Vertretern der Bestellerin und dem Lieferanten oder von ihren Vertretern zu unterzeichnen ist. Darin wird festgehalten, dass die Abnahme erfolgt ist oder dass sie nur unter Vorbehalt erfolgte bzw. Frist für einen neuen Abnahmetermin gesetzt wurde.

16. Gewährleistung / Haftung für Mängel

Der Lieferant gewährleistet, dass die gelieferten Waren mangelfrei sind, insbesondere frei von Rechts- und Sachmängeln sind und den von der Bestellerin vorgegebenen Spezifikationen entsprechen, nach dem anerkannten Stand der Technik entwickelt und hergestellt und zu dem vertraglich vorausgesetzten Gebrauch uneingeschränkt geeignet sind. Der Lieferant gewährleistet weiterhin, dass die gelieferten Waren den in den im Herkunfts- und Bestimmungsland jeweils geltenden einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Vorschriften und Richtlinien und Schutz- und Unfallverhütungsvorschriften sowie den üblichen und technischen Qualitätssicherungsnormen entsprechen.

Sachmängelansprüche verjähren – ausser in Fällen der Arglist – in 3 Jahren, es sei denn die Sache ist entsprechend ihrer üblichen Verwendung für ein Bauwerk verwendet worden und hatte dessen Mangelhaftigkeit verursacht. Die Verjährungsfrist

beginnt mit der Ablieferung oder – wenn eine solche vereinbart oder gesetzlich vorgesehen ist – mit Abnahme (Gefahrübergang). Bei Installation durch den Lieferanten beginnt die Frist nach erfolgter Installation. Etwaige gesetzliche längere Verjährungsfristen gelten vorrangig.

Bei Mängeln kann die Bestellerin statt der Nachbesserung auch die Nachlieferung der mangelhaften Ware verlangen. Ferner ist die Bestellerin nach erfolglosem Ablauf einer angemessenen Nachfrist oder – sofern es wegen besonderer Dringlichkeit nicht mehr möglich ist eine Nachfrist zu setzen – nach Unterrichtung des Lieferanten berechtigt, die Mängelbeseitigung selbst vorzunehmen, durch einen Dritten ausführen zu lassen oder anderweitig Ersatz zu beschaffen; die hierbei entstehenden Kosten hat der Lieferant zu tragen, es sei denn, er hat den Mangel nicht zu vertreten. Weitergehende gesetzliche oder vertragliche Rechte bleiben unberührt.

Wird die gelieferte Ware nach Mängelrüge nachgebessert oder durch mangelfreie Ware ersetzt, beginnt bezüglich dieses Mangels an dieser Ware die vorgenannte Verjährungsfrist erneut, es sei denn, es handelte sich um einen unerheblichen Nacherfüllungsaufwand oder um eine ausdrückliche Kulanzhandlung des Lieferanten.

Ersatzteillieferungen, Wartungs- und Pflegeleistungen des Lieferanten während der Gewährleistungsfrist gelten als Mängelbehebung, sofern der Lieferant nicht das Gegenteil beweist.

17. Haftung des Lieferanten

Für den Fall, dass die Bestellerin von einem Kunden oder einem sonstigen Dritten aufgrund Produkthaftung in Anspruch genommen wird, ist der Lieferant verpflichtet, die Bestellerin auf erstes schriftliches Anfordern von derartigen Ansprüchen freizustellen, sofern und soweit der Schaden durch einen Fehler der vom Lieferanten gelieferten Ware verursacht oder mitverursacht worden ist. In den Fällen verschuldensabhängiger Haftung gilt dies jedoch nicht, wenn der Lieferant die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.

Sofern die Schadensursache im Verantwortungsbereich des Lieferanten liegt, genügt der Nachweis der Ursächlichkeit des Fehlers für den Schaden; im Übrigen trägt der Lieferant die Beweislast.

Der Lieferant übernimmt in jedem Fall die Kosten einer etwaigen Rechtsverfolgung oder Rückrufaktion; dies gilt auch bei erkennbaren oder drohenden Serienfehlern.

Der Lieferant haftet der Bestellerin für sämtliche direkte und indirekte Schäden, die aufgrund seiner Nicht- oder Schlechterfüllung verursacht wurden. Er ist verpflichtet, sein Haftungsrisiko durch eine angemessene Betriebshaftpflichtversicherung abzudecken und der Bestellerin auf Verlangen diese Deckung nachzuweisen.

Schäden, die sich aus der Nichteinhaltung dieser Bedingungen ergeben, hat der Lieferant zu tragen. Er haftet im Übrigen auch für jedes Verhalten seiner Mitarbeiter oder Beauftragten.

Der Lieferant hat ein Verschulden der von ihm eingeschalteten Dritten, insbesondere seiner Erfüllungsgehilfen,

Unterdienstleister und Subunternehmer im gleichen Umfang zu vertreten wie eigenes Verschulden.

18. Investitionsschutz

Im Rahmen technischer und kommerzieller Möglichkeiten wird der Lieferant

- während mindestens 8 Jahren nach Ablauf der Verjährungsfrist für die Mängelrechte die Kompatibilität der Vertragsgegenstände mit Weiterentwicklungen des Lieferanten sowie
- während mindestens 10 Jahren ab Ablieferung bzw. Prüfung / Annahme der Ware die Lieferung von Ersatz- und Ausbauteilen

sicherstellen. Der Lieferant informiert die Bestellerin rechtzeitig schriftlich über die Einstellung von Vertragsprodukten, um eine Bestellung der auslaufenden Vertragsprodukte zu ermöglichen. Zudem ermöglicht er der Bestellerin vor der Lieferungseinstellung die Deckung des Allzeit-Bedarfs. Abweichende Fristen sind in der Vertragsurkunde vorzusehen.

Falls der Lieferant seine Leistungen (infolge Pfändung, drohenden Konkurses, Nachlassverfahrens oder anderen Gründen) nicht mehr selber oder zu gleichen Bedingungen durch Dritte erfüllt oder eine wirtschaftlich gleichwertige Alternative anbietet, kann die Bestellerin die Leistungen selbst erbringen oder durch Dritte erbringen lassen. In diesem Fall ist die Bestellerin ohne weiteres berechtigt, auf den Quellcode oder andere Unterlagen des Lieferanten zuzugreifen und diese zu nutzen, soweit es für die Pflege der Software und die Wartung und den Support der Hardware nötig ist.

Zur Absicherung der Pflichten aus Gewährleistung oder Pflege der Software kann die Bestellerin jederzeit verlangen, dass die betriebsnotwendigen Unterlagen des Lieferanten auf Kosten des Lieferanten bei einem vertrauenswürdigen Unternehmen oder Dritten oder durch technische Massnahmen geschützt auf einem von der Bestellerin bezeichneten System hinterlegt und auf aktuellem Stand gehalten werden. Diese Bestimmung entbindet den Lieferanten nicht von seiner Leistungspflicht. Dasselbe gilt sinngemäss für Hardware. Die Ersatzteillieferungen des Lieferanten nach Ablauf der Verjährungsfrist der Mängelrechte sind entgeltlich und erfolgen nach den Ansätzen der ursprünglichen Kostengrundlage beziehungsweise mangels solcher zu konkurrenzfähigen Bedingungen.

19. Exportkontrollen, Zoll- und Außenhandelsdaten

Der Lieferant ist verpflichtet, alle anwendbaren nationalen und internationalen Exportkontroll-, Zoll- und Außenwirtschaftsvorschriften ("Außenwirtschaftsrecht") einzuhalten. Der Lieferant ist verpflichtet, der Bestellerin zusammen mit der Auftragsbestätigung - spätestens zum Zeitpunkt der Lieferung - und zusätzlich im Falle von Änderungen unverzüglich - alle Informationen und Daten in schriftlicher Form zur Verfügung zu stellen, die die Bestellerin zur Einhaltung des Außenwirtschaftsrechts

bei Exporten, Importen, Reexporten und Transfers benötigt, insbesondere

(i) ggf. korrekte Exportkontrolllistenpositionen, und zwar die Kontrollpositionen in:

für militärische Güter (Güter, besonders konstruiert, angepasst oder geändert für militärische Zwecke):

- Anlage 3 der Schweizer Güterkontrollverordnung (GKV)
- Teil I A der Ausfuhrliste (Exportliste) zur deutschen Außenwirtschaftsverordnung, sogenannte "Ausfuhrlistennummern"
- U.S. Munitions List (USML) - International Traffic in Arms Regulation (ITAR)

für Dual-use-items:

- Anlage 1, 2 der Schweizer Güterkontrollverordnung (GKV)
- Anhang I der EG-Verordnung Nr. 428/2009
- der U.S. Commerce Control List (sog. Export Control Classification Number - ECCN)];

(ii) die statistische (oder zollrechtliche) Warennummer gemäß dem aktuellen Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik und dem HS (Harmonized System) Code mit mindestens 6 Stellen, bei Lieferanten mit Sitz in der EU und in CH 8 Stellen;

(iii) das Ursprungsland (nicht präferenzieller Ursprung) und auf Anforderung der Bestellerin Lieferantenerklärungen für den präferenziellen Ursprung (bei Lieferanten innerhalb der EU) bzw. Präferenznachweise (bei Nicht-EU-Lieferanten).

(iv) Ggf. Klassifizierung, Identifizierungsparameter und Rechtsgrundlage (Verordnung, Gesetz etc.) für Artikel, die in Listen aufgeführt sind, die verbotene Artikel kennzeichnen, wie z.B. chemische Substanzen, Vorprodukte, Drogen, Arzneimittel etc. Der Lieferant haftet für alle Aufwendungen und/oder Schäden, die die Bestellerin durch einen Verstoß des Lieferanten gegen die in dieser Klausel beschriebenen Verpflichtungen entstehen, es sei denn, der Lieferant hat diesen Verstoß nicht zu vertreten.

20. Bewilligungen

Sofern nicht ausdrücklich und schriftlich anders vereinbart, trifft der Lieferant alle notwendigen Vorkehrungen zur Erlangung der weiteren behördlichen Bewilligungen oder Lizenzen, die für die Leistungserbringung und die im Vertrag vorgesehene Verwendung der an die Bestellerin gelieferten Produkte erforderlich sind. Soweit die Bestellerin diese Bewilligungen oder Lizenzen beantragen muss, unterstützt der Lieferant die Bestellerin angemessen, insbesondere bei der Beschaffung von benötigten Informationen und Angaben.

21. Immaterialgüterrechte

Vorbestehende Immaterialgüterrechte (Urheberrechte, Patentrechte usw.) verbleiben beim Lieferanten oder Dritten. Soweit die Rechte Dritten zustehen, garantiert der Lieferant, dass er über die entsprechenden Nutzungs-, Verfügungs- und Vertriebsrechte verfügt. Wird die Bestellerin von einem Dritten wegen der Verletzung dieser Immaterialgüterrechte in Anspruch genommen, so stellt sie der Lieferant auf erstes Anfordern frei. Die Freistellungspflicht des Lieferanten bezieht sich auf alle

Aufwendungen, die der Bestellerin aus der im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten notwendigerweise erwachsen.

Die Bestellerin erhält an vorbestehenden Immaterialgüterrechten, ein zeitlich, räumlich und sachlich uneingeschränktes, nicht ausschliessliches, übertragbares, unentgeltliches Nutzungsrecht. Der Lieferant verpflichtet sich, an diesen vorbestehenden Immaterialgüterrechten keine Rechte zu begründen, welche den vorgesehenen Nutzungs- und Verfügungsmöglichkeiten betreffend den Vertragsgegenstand entgegenhalten werden können.

An rechtlich nicht geschützten Ideen, Verfahren und Methoden bleiben beide Parteien nutzungs- und verfügungsberechtigt, jedoch ohne Verpflichtung zur Offenlegung.

Die bei Vertragserfüllung entstehenden Immaterialgüterrechte insbesondere an den vom Lieferanten eigens für die Bestellerin erstellten Werken, Konzepten, Hardware und Individualsoftware einschliesslich Quellcode, Programmbeschreibung und Dokumentation in schriftlicher oder maschinell lesbarer Form, gehören der Bestellerin, sofern vertraglich nichts anderes vereinbart wird.

22. Geheimhaltung

Die Parteien behandeln alle Informationen vertraulich, die weder offenkundig noch allgemein zugänglich sind und verwenden diese ausschliesslich zur Erfüllung des Zwecks des abgeschlossenen Vertrages. Die Parteien stellen zudem die vertrauliche Behandlung durch ihre Mitarbeitenden und beigezogenen Spezialisten sicher.

Die Geheimhaltungsverpflichtung entfällt, soweit die Informationen der empfangenden Partei nachweislich bereits vor Aufnahme der Vertragsbeziehung bekannt oder vor der Aufnahme der Vertragsbeziehung allgemein bekannt oder allgemein zugänglich waren oder ohne Verschulden der empfangenden Partei allgemein bekannt oder zugänglich werden. Die Beweislast trägt die empfangende Partei.

Diese Geheimhaltungspflicht besteht schon vor Vertragsabschluss und gilt für einen Zeitraum von 10 Jahren nach Beendigung des Vertragsverhältnisses.

Ohne Zustimmung der anderen Partei ist die Weitergabe von Informationen an Dritte nicht gestattet. Nicht Dritte im Sinne dieser Vereinbarung sind die Gesellschaften der SKAN Group.

23. Compliance

Der Lieferant verpflichtet sich, seine Mitarbeiter, Subunternehmer und Untertieranten zur Einhaltung und Umsetzung des Skan Lieferantenkodex <https://skan.com/wp-content/uploads/Verhaltenskodex-Lieferanten-SKAN-AG.pdf>.

24. Abtretung und Verpfändung

Das Vertragsverhältnis oder Rechte und Pflichten daraus können nur mit vorgängiger schriftlicher Zustimmung der anderen Partei übertragen oder abgetreten werden. Die Bestellerin

kann jedoch Rechte und Pflichten aus dem Vertrag jederzeit an eine andere Gesellschaft der SKAN Group abtreten.

25. Salvatorische Klausel

Sollten Regelungen dieser AEB ganz oder teilweise unwirksam, undurchführbar oder unvollständig sein, so tritt an deren Stelle oder zur Ausfüllung einer Regelungslücke eine aus vernünftiger, objektiver Sicht für beide Vertragsparteien zu einem angemessenen Interessenausgleich führende Regelung.

Sollten einzelne dieser Bestimmungen unwirksam sein, wird die Gültigkeit der anderen Bestimmungen hierdurch nicht berührt.

26. Rechtsgültigkeit

Diese AEB ersetzen frühere AEB der Bestellerin. Durch jede Auftragserteilung anerkennt der Lieferant alle Punkte dieser AEB.

27. Anwendbares Recht

Diese AEB sowie die Verträge, die aufgrund der vorliegenden AEB geschlossen werden, unterliegen materiellem Schweizer Recht, soweit es sich um Bestellungen der SKAN AG sowie der SKAN Stein AG handelt. Bestellungen der SKAN Deutschland GmbH unterliegen materiellem deutschem Recht. Die Bestimmungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf finden in beiden Fällen keine Anwendung.

28. Sonstiges

Bei Widersprüchen zwischen verschiedenen Sprachversionen dieser AEB geht die deutsche Version vor.

29. Gerichtsstand

Für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten ist Gerichtsstand der Sitz der bestellenden SKAN-Gesellschaft.

September 2023

1. Scope and validity

Unless otherwise agreed in writing, the following General Terms and Conditions of Purchase (T&Cs) for SKAN AG, SKAN Deutschland GmbH and SKAN Stein AG (the "Customer") will apply exclusively to all orders, including future orders. In particular, these T&Cs regulate the conclusion, content and performance of Customer purchase contracts for goods, services and work.

These T&Cs are considered as accepted when the Supplier submits a quote to the Customer or when an order from the Customer is confirmed in writing by the supplier (inc. by email). General Terms and Conditions from the Supplier or contractor (the "Supplier") shall only apply where expressly agreed to by the Customer in writing.

2. Entering into a contract

The Supplier's quote shall be binding for the period stated in the request or quote. Unless otherwise stated, the quote shall be valid for 3 months.

If the quote varies from the request, the Supplier shall specifically indicate this to the Customer.

Orders are only binding if they have been submitted in writing (including by email). The order confirmation should be sent to the Customer within three working days of the order date.

The contract is considered to be effective once the Customer receives written order confirmation from the Supplier or the Supplier receives written confirmation from the Customer that the Customer accepts the Supplier's quote. Orders placed using automated technology will be accepted as being in writing. Any Supplier conditions which vary from the provisions in the contract only apply if they have been explicitly accepted by the Customer in writing.

All agreements and legally relevant statements made by the parties to the contract must be in written form to be valid (inc. email).

3. Scope of supply and service

The deliveries and services to be provided by the Supplier are itemised in the Customer's order, along with the applicable delivery terms under Incoterms 2020. Incoterms 2020 delivery terms Delivered Duty Paid (DDP) to the Customer's loading dock apply unless otherwise agreed. The Supplier shall include a delivery note with each consignment quoting the relevant order number and will provide all necessary delivery documentation. Where the goods are not delivered to the Customer directly, a copy of the delivery note should be sent to the Customer separately.

4. Regulations in the country of destination and health and safety regulations

The Supplier must notify the Customer – either in the quote or in the order confirmation – of any regulations and legal framework conditions relevant to providing the goods and

services. Furthermore, where work is performed by the Supplier's employees, the applicable health and safety regulations must be specified.

Where no regulations or legal framework conditions relevant to the goods and services are specified by the Supplier, the statutory regulations at the Customer's principal place of business will apply.

5. Performance

The Supplier shall update the Customer regularly with how work is progressing, and in particular will observe all applicable regulations. The Supplier shall immediately advise the Customer of any circumstances which could jeopardise performance of the contract.

If access to the Customer's premises is required for performance, the Supplier is obliged to observe the Customer's operating procedures, in particular health and safety requirements, which can be provided to the Supplier upon request.

6. Involvement of third parties

The Supplier may only engage subcontractors to provide services to the Customer in whole or in part, after providing prior written notice to the Customer. Responsibility for providing services to the Customer remains with the Supplier. The Customer may require the Supplier to appoint a specific subcontractor.

The Supplier shall provide details of its subcontractors at the Customer's request.

7. Pricing

The Supplier shall provide the services at a fixed price or on a time and materials basis, with an upper price limit (cost ceiling). The Supplier shall provide information on the types of costs, quantity structure and unit rates in the quote or in the written order confirmation to the Customer. Pricing covers all services necessary to perform the contract. Pricing includes in particular costs as per the agreed Incoterms, bank guarantee costs, installation, test and documentation costs, costs for initial training if applicable, expenses (in particular food, travel and accommodation), licence fees, costs for equipment, gauges and tools etc. which have to be manufactured specially, as well as statutory fees such as taxes and customs duties.

Except where agreed otherwise, the cost for hire and use of transport equipment and parts installed temporarily, as well as for repairs, is included in the price.

8. Payment terms

Providing the goods or services have been supplied on time, the Customer shall make all payments within 60 calendar days of the invoice date unless agreed otherwise in the order. The Customer reserves the right to return incorrect invoices or ones which cannot be checked, for correction. The credit period shall

restart on the date the amended invoice is issued. In the event of defects, the Customer is entitled to withhold payment for the defective part of the delivery until the order has been delivered in full. Where part payment has been agreed (payment in advance followed by instalments), the Customer is entitled to demand security from the Supplier in the form of a bank guarantee, at the Supplier's expense.

9. Changes to goods or services

The Supplier shall notify the Customer regarding any developments which make it necessary to amend the goods or services for technical or financial reasons.

The Parties may request changes to the agreed services in writing (inc. by email) at any time. Where the Customer requests a change, the Supplier shall advise the Customer in writing within 5 working days whether the change is possible and what effect it will have on the services to be provided, as well as on the pricing and lead time. The Customer then has the same length of time to determine whether the change should go ahead. Where the Supplier requests a change, the Customer has the same length of time to approve or reject any reasonable request.

The Supplier may not refuse a change requested by the Customer where the change is objectively possible and the overall character of the services to be provided is unchanged. Any change to the service or goods and any resulting variation in price, lead time and other conditions under the contract must be specified in a written amendment to the contract prior to proceeding with the change. The price adjustment is calculated based on the original cost basis.

Unless agreed otherwise, the Supplier shall continue the work as originally planned whilst the requested changes are being reviewed.

10. Ownership of Customer-supplied materials

Materials, samples, drawings and equipment such as test instruments, gauges and tools supplied by the Customer remain the property of the Customer and are to be identified and segregated accordingly (until they are installed or used). Materials supplied are to be inspected thoroughly by the Supplier upon receipt. The material is considered to be in good order if no damage, defects or missing parts are reported to the Customer in writing within 5 calendar days.

While the materials supplied are in the care of the Supplier, the Supplier is required to keep an inventory of the items, at no cost to the Customer, and to store, maintain and insure the items with due diligence at its own expense. Upon request by the Customer, the Supplier shall provide written proof of insurance and a current inventory which includes information on the condition of the materials supplied.

The materials supplied may only be used as agreed. Unless agreed otherwise, materials are to be returned to the Customer once the contract is complete, automatically and at no cost to the Customer.

11. Lead time

Agreed delivery dates and lead times are binding. Meeting the delivery date or lead time means delivery on time to the delivery location in accordance with the agreed Incoterms. Where formal acceptance is an agreed condition or is required by law, then valid acceptance by someone acting on behalf of the Customer is essential.

12. Default

In the event of failure to meet the agreed delivery dates/lead times, the Supplier shall immediately be in default. In all other cases, this will be upon the Customer issuing a reminder.

No partial or early deliveries are permitted without approval from the Customer.

The Customer is to be advised immediately in writing of any delay foreseeable on the part of the Supplier, stating the reasons for the delay and how long it is expected to last.

Where the Supplier is in default, they shall be liable to a fixed penalty of 2% of the total price for each full or part week after a grace period of 5 working days, up to a maximum of 6% of the total price. This will not affect any other legal or contractual rights. The Supplier is entitled to prove that the actual loss or damage is less than the fixed penalty amount. The Customer reserves the right to claim this fixed penalty up until final payment is received.

13. Right of withdrawal

In the case of a contract for work and services or an order for custom products or services, the Customer has the right to withdraw from the contract in whole or in part at any time. The Customer shall notify the Supplier regarding such withdrawal in writing (inc. by email). In such event, the Supplier is only entitled to payment for work which can be shown to have been performed, or for verifiable costs incurred, including a reasonable profit margin, provided withdrawal was not due to non-performance or poor performance on the part of the Supplier.

14. Transfer of risk

Risk shall pass to the Customer in accordance with DDP Place of Destination (Incoterms2020®) unless agreed otherwise. Where formal acceptance is an agreed condition or is required by law, risk shall pass to the Customer upon valid acceptance. The place of performance for all other services will be the Customer's place of business.

15. Inspection and acceptance

The Supplier is to inspect goods and services before despatching the goods.

Within 10 working days of receiving the goods, the Customer shall inspect the goods on a random sampling basis for identity and quantity (by comparing packaging labels and delivery notes against the order) and for obvious defects and transport damage evident on the outside of the packaging. There are no

additional inspection requirements. The Customer shall notify the Supplier of any defects identified during this inspection immediately upon discovery. In this respect, the Supplier agrees not to object on grounds that a defect was reported late. Submitting an inspection report listing defects is sufficient notice of defects.

There is no obligation to inspect incoming goods for defects and report any found where formal acceptance is an agreed condition or is required by law.

The delivery will not be accepted, or will only be accepted subject to corrective action, if defects are identified during the acceptance inspection. The Supplier shall rectify any defects found at its own expense and without delay and notify the Customer of a new acceptance date.

A record of acceptance will be prepared and signed by someone acting for the Customer and Supplier or by their representatives. This report will state that the delivery has been approved, or has been approved conditionally, or that a new acceptance date has been scheduled.

16. Warranty/Liability for defects

The Supplier warrants that the goods delivered are free from defects, including defects in title and material defects, that they conform to the Customer's specifications, that they were designed and manufactured in accordance with the generally accepted state of the art, and that they are suitable for use as set out in the contract without restriction. The Supplier further warrants that the goods delivered comply with applicable statutory and official regulations and directives, health and safety regulations, and the customary and technical quality assurance standards applicable in the country of origin and the destination country.

Claims for damages for material defects are subject to a 3-year limitation period, except in cases of fraudulent intent and except where the item has been used for a building in accordance with its customary use and has caused a defect there. The limitation period shall commence upon delivery or formal acceptance (transfer of risk) where this has been agreed or is required by law. For Supplier installations, this period will commence once installation has been signed off. Any longer statutory limitation periods shall override this.

In the event of defects, the Customer may also demand replacement of the defective goods instead of repair. Moreover, following a reasonable period of notice or where it is not possible to allow a period of notice due to exceptional urgency, and after notifying the Supplier, the Customer shall be entitled to rectify the defect itself, have it rectified by a third party, or obtain a replacement elsewhere. The Supplier shall be responsible for the costs incurred in this respect except where it is not to blame for the defect. This will not affect any other legal or contractual rights.

Where the goods delivered are repaired or replaced with goods of acceptable quality after the defect is reported, the above period of limitation will start over for that defect in those goods,

except where the corrective action was only minor or was a specific act of goodwill on the part of the Supplier.

Provision of spare parts, maintenance and service by the Supplier during the warranty period is considered to be corrective action, unless the Supplier can demonstrate otherwise.

17. Supplier liability

Where a customer or other third party makes a claim against the Customer under product liability, the Supplier shall, on demand in writing, indemnify the Customer against such claims if and to the extent that any damage was caused or contributed to by a defect in the goods delivered by the Supplier. This shall not apply however in cases of liability based on fault where the Supplier is not at fault.

Where the Supplier can be held responsible for the cause of the damage, it is sufficient to establish that the damage was a result of the defect. The burden of proof lies with the Supplier. In all cases, the Supplier is responsible for the cost of any legal proceedings or recall action. The same applies in the case of actual or potential manufacturing faults.

The Supplier is liable to the Customer for any direct and indirect damage resulting from the Supplier failing to perform or not performing properly. The Supplier is required to insure any liability risk with a suitable commercial liability policy and provide the Customer with proof of such cover on request.

The Supplier is responsible for any loss or damage resulting from failure to comply with these terms. It is also liable for the actions of its employees or agents.

The Supplier shall be liable for any third parties it engages, in particular its agents, second-tier suppliers and subcontractors, to the same extent as for its own liability.

18. Safeguarding investment

The Supplier shall, within the realms of what is technically and commercially feasible,

- ensure that goods supplied under the contract remain compatible with new versions of the Supplier's products for at least 8 years after the limitation period for claims based on defects expires, and
- ensure the supply of replacement and upgrade parts for at least 10 years following delivery or inspection/acceptance of the goods. The Supplier shall notify the Customer in writing without delay where products supplied under the contract are to be discontinued, so that the Customer may place orders for these products. Furthermore, the Supplier shall provide the Customer sufficient opportunity to cover indefinite demand prior to discontinuing delivery. Different deadlines are to be specified in the contract paperwork.

Where, due to seizure, impending bankruptcy, debt restructuring or other reasons, the Supplier can no longer provide its services or arrange for third parties to provide them under the same terms or offer a financially equivalent alternative, the Customer can provide the services itself or

arrange to have them provided by third parties. In such event, the Customer is entitled, with no need for formal notice, to access and use the source code or other documentation belonging to the Supplier where this is required for maintenance and support of any software and hardware.

To ensure that any software warranty or maintenance obligations are met, the Customer may at any time request that any Supplier documents required for operation are stored by a reliable business or third party at the Supplier's expense, or on a system stipulated by the Customer and protected by technical measures, and that these documents are kept up to date. This provision does not release the Supplier from its duty to perform. The same applies similarly for hardware. Once the warranty period expires, the Supplier will charge for spare parts, the price being calculated using the original cost basis, or, if no such basis exists, at competitive rates.

19. Export controls, customs and foreign trade data

The Supplier shall comply with all applicable national and international export control, customs and foreign trade regulations ("Foreign Trade Law"). The Supplier is obliged to provide the Customer together with the order confirmation, no later than at the time of delivery, and in the case of later changes without undue delay, with any information and data in writing the Customer needs to comply with Foreign Trade Law with regards to exports, imports, re-exports and transfers, including, but not limited to:

(i) if applicable, valid items on export control lists, meaning controlled items listed in:

for military items (items specially designed, adapted or modified for military applications):

- Annex 3 to the Swiss Goods Control Ordinance (GKV)
- Part I A of the Export List (Ausfuhrliste) for the German Foreign Trade and Payments Regulation, the so-called "Ausfuhrlistennummern"
- U.S. Munitions List (USML) – International Traffic in Arms Regulation (ITAR)

for dual-use items:

- Annex 1 and 2 to the GKV
- Annex I of EC Regulation No. 428/2009
- the U.S. Commerce Control List (so-called Export Control Classification Number – ECCN);

(ii) the statistics (or customs) commodity code goods number as per the current goods directory for foreign trade statistics and the HS (Harmonized System) code with at least 6 digits for suppliers located in the EU and 8 digits for suppliers in Switzerland;

(iii) the country of origin (non-preferential origin) and, upon request from the Customer, the Supplier's declarations for preferential origin (for suppliers within the EU) or preferential certificates (in the case of non-EU suppliers);

(iv) if applicable, classification, identification parameters and legal basis (regulation, act, etc.) for items specified in lists

identifying restricted items, such as chemical substances, precursors, drugs, pharmaceuticals, etc.

The Supplier shall be liable for any costs and/or damages incurred by the Customer due to any failure by the Supplier to comply with any obligations defined in this clause, unless the Supplier is not responsible for such failure.

20. Permits

Except where expressly agreed otherwise in writing, the Supplier shall do everything necessary to obtain additional official permits or licences needed to perform the obligations under the contract and to use the products delivered to the Customer in accordance with the intended use defined in the contract. If the Customer has to apply for such permits or licences, the Supplier shall support the Customer accordingly, particularly as regards obtaining the information and data required.

21. Intellectual property rights

Existing intellectual property rights (copyrights, patent rights, etc.) will remain with the Supplier or third parties. Where the rights belong to third parties, the Supplier warrants that it has the appropriate rights to use, disposal and distribution. Where a third party brings a claim against the Customer for failing to observe these intellectual property rights, the Supplier shall indemnify the Customer on demand. The Supplier's duty of indemnity extends to any costs the Customer may incur in connection with the third-party claim.

The Customer will be granted free of charge a non-exclusive and transferable right of use over the existing intellectual property rights, unrestricted in terms of time, location and scope. The Supplier agrees not to establish any rights to these existing intellectual property rights which might be counter to the possible intended use and management of the goods and services supplied under the contract.

Both parties shall retain the right to use and manage ideas, processes and methods which are not protected by law without any obligation to disclose these.

Intellectual property rights arising from performing the contract, in particular over the work, designs, hardware and individual software, including the source code, programme description and documentation in written or machine-readable form, developed specifically for the Customer by the Supplier, will belong to the Customer unless stipulated otherwise in the contract.

22. Confidentiality

The Parties shall treat any information which is not in the public domain as confidential and use this information only for the purpose of performing the contract as agreed. The parties shall furthermore ensure that their employees and contracted specialists also treat the information as confidential.

The duty of confidentiality shall not apply where it can be demonstrated that the relevant party already knew the

information before the contract began, or it was in the public domain before the contract began, or it enters the public domain through no fault of the relevant party. The burden of proof will lie with the relevant party.

This duty of confidentiality actually exists before the contract is agreed and shall remain in effect for 10 years after the contract ends.

Information may not be disclosed to third parties without the approval of the other party. SKAN Group companies are not classed as third parties for the purposes of this agreement.

23. Compliance

The Supplier agrees to ensure its employees, subcontractors and second-tier suppliers abide by and implement the Skan Supplier Code

<https://skan.com/wp-content/uploads/Verhaltenskodex-Lieferanten-SKAN-AG.pdf>.

24. Assignment and security

The contract or any rights and duties arising from it may only be assigned or offered as security with prior written approval from the other party. However, the Customer is entitled to assign rights and duties under the contract to another company in the SKAN Group.

25. Severability clause

If any provisions in these T&Cs are wholly or partly ineffective, unenforceable or incomplete, they will be replaced, or any inconsistency in the provisions will be addressed, by ones which, from a reasonable, objective point of view, produce a suitable balance of interests for both parties to the contract.

Should individual provisions prove ineffective, the validity of the other provisions shall remain unaffected.

26. Legal validity

These T&Cs replace any earlier Customer T&Cs. The Supplier acknowledges all clauses in these T&Cs when placing an order.

27. Applicable law

For orders placed by SKAN AG and SKAN Stein AG, these T&Cs and the transactions agreed based on these T&Cs will be governed by substantive Swiss law. Orders placed by SKAN Deutschland GmbH will be subject to substantive German law. The provisions in the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (Vienna Convention) do not apply.

28. Miscellaneous

In the event of discrepancies between versions of these T&Cs in different languages, the German version shall prevail.

29. Court of jurisdiction

The place of jurisdiction for any disputes arising under the contract shall be the registered office of the SKAN company which places the order.

September 2023